

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 01 - Landtag

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 01 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung des Fachausschusses

Der Hauptausschuss befasste sich in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 und abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplans 01.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 01 in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An den Beratungen nahmen u. a. die Präsidentin des Landtages, die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, eine Vertretung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Hauptausschusses,
- 1 Änderungsantrag der Präsidentin des Landtages,
- 2 Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 6 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion und
- 1 Änderungsantrag des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE.

Die Präsidentin des Landtages erläuterte die den Landtag betreffenden Kapitel 01 010 und 01 020. Bei den geplanten Mehrausgaben im Kapitel 01 010 hob sie die Ausbringung von zusätzlichen Planstellen und Stellen, die Anpassung der Entschädigungen der Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten sowie die Anpassung der Vergütung der Beschäftigten in den Wahlkreisbüros hervor. Ergänzend begründete sie die vorsorgliche Einrichtung des Kapitels 01 050 für die noch zu schaffende Behörde der Polizeibeauftragten bzw. des Polizeibeauftragten des Landes Brandenburg und erläuterte den von ihr eingebrachten Änderungsantrag.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht äußerte sich zu Kapitel 01 030 und benannte dessen Schwerpunkte. Sie hob dabei die Ausbringung einer zusätzlichen Stelle und Investitionskosten für die Einführung der elektronischen Akte hervor.

Auch die Vertreterin der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur nahm Stellung zu dem Haushalt der Behörde und damit zu dem Kapitel 01 040. Sie erläuterte die Mehrausgaben für die Unterstützung von Menschen in Notlagen mittels des Härtefallfonds, für ein Projekt zur Traumaberatung von ehemals politisch Verfolgten sowie für die Nutzung von Gebärdendolmetschern in der Anlauf- und Beratungsstelle.

Die Ausschussmitglieder hatten Gelegenheit für Rückfragen. Anschließend stellten die Vertreter der Fraktionen deren Änderungsanträge im Allgemeinen mit Verweis auf die im Hauptausschuss erfolgte inhaltliche Beratung und die Antragsbegründungen vor.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus den Oppositionsfraktionen zielten unter anderem auf die Streichung der vorsorglich ausgebrachten Mittel für die personelle und sachliche Ausstattung eines/einer Polizeibeauftragte/r des Landes Brandenburg (beantragt von den Ausschussmitgliedern der AfD-Fraktion) sowie auf die Streichung der Mittel für Aufstellungskosten des Skulpturenschmucks auf dem Landtagsgebäude (beantragt von dem Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE) ab. Diese und weitere Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheit.

Die beiden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden jeweils mehrheitlich und der Änderungsantrag der Präsidentin wurde einstimmig angenommen.

Mit seinen Voten zu den einzelnen Änderungsanträgen bestätigte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Abstimmungen des mitberatenden Ausschusses. Damit werden dem Landtag zur Annahme in 2. Lesung hauptsächlich empfohlen:

- die Ausbringung einer zusätzlichen Planstelle (A 12) sowie
- die Ausbringung einer Globalen Minderausgabe.

In der Schlussabstimmung votierte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen bei einer Stimmenthaltung dafür, dem Landtag den Entwurf des Einzelplans 01 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Hauptausschusses (ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),
Drucksache 7/4212**

Gesamtübersicht

Einzelplan 01

Landtag

Beträge in Euro

	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	514.900	--	514.900
Gesamtausgaben	59.240.300	<u>-500.000</u>	<u>58.740.300</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	--	--	--
Stellen	215	<u>+1</u>	<u>216</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

01 010 Landtag Brandenburg

(S. 9) HGr. 4: Personalausgaben

422 10	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	3.560.300	+62.600	<u>3.622.900</u>
--------	---	-----------	---------	------------------

(S. 9)

Erläuterungen (Änderung):		2022
		EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>3.622.900</u>
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
Summe:		<u>3.622.900</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022	
	Mehr in 2022 aufgrund der Ausbringung von <u>fünf</u> zusätzlichen Planstellen im Stellenplan.				
	Stellenplan:				
	Amtsbezeichnung	BesGr	Lfb.	2021	2022
	Direktorin, Direktor des Landtages	B 8	hD	1,00	1,00
	Ministerialdirigentin, Ministerialdiri- gent	B 5	hD	2,00	2,00
	Ministerialrätin, Ministerialrat	B 2	hD	8,00	8,00
	davon ku: 1,00 nach A16 hD im Jahr 2027				
	Ministerialrätin, Ministerialrat	A 16	hD	7,00	7,00
	Regierungsdirektorin, Regierungs- direktor	A 15	hD	6,00	6,00
	Oberregierungsrätin, Oberregie- rungsrat	A 14	hD	14,00	18,00
	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A 13	gD	1,00	1,00
	Amtsärztin, Amtsarzt	A 12	gD	7,00	<u>8,00</u>
	Regierungsinspektorin, Regie- rungsinspektor	A 9	mD	1,00	1,00
	Zusammen:			47,00	<u>52,00</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	Begründung der Änderungen im Stellenplan: 2022 Zugänge: Neue Stellen: 4,00 A14 hD Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat <u>1,00</u> <u>A12 gD</u> <u>Amtsärztin, Amtsarzt</u> ----- <u>5.00</u> Zugang neue Stellen ----- <u>5.00</u> Stellen Zugänge insgesamt =====			
	<u>5.00</u> Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

(S. 20) TGr. 60 Untersuchungsausschuss zur Krisenpolitik der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Corona-virus

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

422 60 (S. 20)	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+211.400	0	211.400
--------------------------	---	----------	---	---------

Erläuterungen:		2022 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen		211.400
2. Aufwandsentschädigung		0
3. Sonstige Leistungen		0
Summe		211.400
Der Ansatz ist für die befristete Beschäftigung von Referentinnen/Referenten zur organisatorischen und inhaltlichen Betreuung des UA 7/1 sowie für die befristete Beschäftigung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters zur Führung der Geschäftsstelle des UA 7/1 vorgesehen.		

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	Stellenplan:			
	Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	20212022
	Regierungsdirektorin,			
	Regierungsdirektor	A 15	hD	2,002,00 ¹⁾
	davon kw:	2,00 bis Ende Untersuchungs- ausschuss		
	Regierungshauptsekretärin,			
	Regierungshauptsekretär	A 8	mD	1,001,00
	davon kw:	1,00 bis Ende Untersuchungs- ausschuss		
	Zusammen:		3,00	3,00
	Fußnoten:			
	¹⁾ Besoldungsgruppe A15: Auf diesen Planstellen können auch Richterinnen und Richter oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden.			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

(S. 25) TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	715.200	<u>-62.600</u>	<u>652.600</u>
(S. 25)	sowie Entgelte für Kommunikation			

Erläuterungen:		2022
		EUR
1.	Hardware/Software	1.000
2.	Lizenzgebühren	0
3.	Wartungs- und Betreuungsverträge	<u>651.600</u>
Summe:		<u>652.600</u>
Der Ansatz enthält die Ausgaben für Lizenzgebühren und Wartungs- und Betreuungsverträge, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Vorgangs- und Informationssystems für den parlamentarischen Bereich.		
Im Ansatz sind gemäß § 6 Abs. 6 FraktG Mittel für die Betreuung der IT-Ausstattungen der Fraktionen eingestellt.		
Mehr in 2022 aufgrund des Abschluss eines neuen Wartungsvertrages.		

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

01 020 Allgemeine Bewilligungen

(S. 30) HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

<u>972 10</u>	<u>Globale Minderausgabe</u>	=	<u>-500.000</u>	<u>-500.000</u>
<u>neu</u>				
<u>881</u>				

Erläuterungen (neu):

Die Globale Minderausgabe ist im Einzelplan 01 bei Kapitel 01 010 und 01 050 zu erwirtschaften.

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 01

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 01 – Landtag

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung HA	Abstimmung AHF
1	SPD/ CDU/ GRÜNE/B90	01 010	422 10	9	Ausbringung einer zusätzlichen Planstelle A12	+62.600	EP ¹ 01 01 010, 511 99 Wartungs- und Betreuungsverträge	7/3/0	7/3/1
2	AfD	01 010	546 21	17	Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen (Streichung)	-6.000	--	3/7/0	3/8/0
3	DIE LINKE	01 010	684 50	18	Zuschüsse zu den Aufsetzungskosten des Skulpturenschmucks auf dem Landtagsgebäude	-30.000	--	1/8/1	1/9/1
4	AfD	01 010	812 10	19	Keine Errichtung von 8 Ladestationen für E-Autos	-50.000	--	3/7/0	3/8/0
5	Präsidentin des LT	01 010	422 60	20	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter (Ergänzung des Stellenplanes um eine Fußnote)	Änderung Erläuterungen	--	10/0/0	11/0/0

¹ Einzelplan

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung HA	Abstimmung AHF
6	SPD/ CDU/ GRÜNE/ B90	01 020	972 10 neu	31	Ausbringung einer Globalen Minderausgabe	--	--	5/3/2	6/4/1
7	AfD	01 050	422 10	55	Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg (Streichung)	-344.700	--	3/7/0	3/8/0
8	AfD	01 050	HGr ² 5	56	Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg (Streichung)	-113.200	--	3/7/0	
9	AfD	01 050	HGr 8	58	Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg (Streichung)	-45.000	--	3/7/0	
10	AfD	01 050	TGr. ³ 99	59	Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg (Streichung)	-33.500	--	3/7/0	
	Gesamtabstimmung Einzelplan 01							7/3/0	6/4/1

² Hauptgruppe

³ Titelgruppe

Angenommene Änderungsanträge

zum

Einzelplan 01

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 01 - Landtag

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 9	Kapitel: 0 1 0 1 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Ausbringung einer zusätzlicher Planstelle A12

Ansatz im Entwurf 2022	3.560.300 €
Änderung (+/-):	+62.600 €
Ansatz neu:	3.622.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
25	01 010	511 99	Wartungs- und Betreuungsverträge (siehe auch Begründung)	62.600 €
				€
insgesamt:				62.600 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**2022****EUR**

- | | |
|---|------------------|
| 1. Dienstbezüge, einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen | <u>3.622.900</u> |
| 2. Aufwandsentschädigung | 0 |
| 3. Sonstige Leistungen | 0 |

Summe**3.622.900**

Mehr in 2022 aufgrund der Ausbringung von fünf zusätzlichen Planstellen im Stellenplan.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
Direktorin, Direktor des Landtages	B8	hD	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B5	hD	2,00	2,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	B2	hD	8,00	8,00
davon ku: 1,00 nach A 16 im Jahr 2027				
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	7,00	7,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	6,00	6,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	14,00	18,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	1,00	1,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	7,00	<u>8,00</u>
Regierungsamtsinspektorin, Regie-	A9	mD	1,00	1,00

rungsamtsinspektor

Zusammen:**47,00****52,00****Begründung der Änderungen im Stellenplan:**

2022

Zugänge:

Neue Stellen

4,00	A14	hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat
<u>1,00</u>	<u>A12</u>	<u>gD</u>	<u>Amtsärztin, Amtsarzt</u>

<u>5,00</u>	Zugänge neue Stellen
-------------	----------------------

<u>5,00</u>	Stellen Zugänge insgesamt
-------------	---------------------------

=====

<u>5,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)
-------------	-------------------------------

Begründung:

Die Landtagsverwaltung ist bislang davon ausgegangen, dass die/der Polizeibeauftragte im Haushaltsjahr 2022 über ein Errichtungsgesetz beim Landtag Brandenburg eingerichtet wird und die Landtagsverwaltung unter anderem für die organisatorischen, personalrechtlichen und haushaltlichen Belange der neuen Behörde zuständig sein wird. Da sowohl im Fachbereiche Personal als auch im Fachbereich Haushalt der Arbeitsumfang schon gegenwärtig ein Volumen erreicht hat, welches ohne personelle Untersetzung nicht mehr in qualitativ akzeptablem Maße abgearbeitet werden kann, wurden ursprünglich für beide Fachbereiche jeweils eine Planstelle zusätzlich im Entwurf des Einzelplanes 01 ausgebracht. Das Präsidium hat am 09.06.2021 beschlossen, diesen Personalmehrbedarf zunächst einmal zurück zu stellen.

Selbst wenn die Einrichtung einer Polizeibeauftragten /eines Polizeibeauftragten erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert wird, so ist die Situation im Haushalt gegenwärtig so angespannt, dass eine personelle Verstärkung gleichwohl schon jetzt realisiert werden sollte.

Der Personalbestand im Fachbereich Haushalt der Verwaltung des Landtages ist seit 1991 unverändert. Neben dem BdH sind im Fachbereich Haushalt zwei Beschäftigte tätig. Im Haushaltsjahr 2019 wurde zwar eine zusätzliche Stelle E 14 ausgebracht, die neben der Informationssicherheit und der Einführung der E-Akte auch zu 1/3 Arbeitsaufgaben aus dem Bereich Haushalt zum Gegenstand hat. Tatsächlich hat sich gezeigt, dass die Stelle, zu ambitioniert mit Arbeitsaufgaben ausgestaltet wurde. Die Einführung der E-Akte in der Verwaltung des Landtages bindet schon allein 50 % der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit. Die Informationssicherheit, deren Stellenwert und deren Arbeitsaufwand stetig zunimmt, beansprucht ebenfalls 50 % der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit. Die mit dem Ausbringen der Stelle beabsichtigte Entlastung im Bereich Haushalt konnte also nicht erzielt werden.

Wie oben erläutert, hat der Arbeitsumfang im Fachbereich Haushalt ein Volumen erreicht, welches mit dem Personalbestand kaum noch beherrschbar ist. Dies verdeutlichen die nachfolgenden Kennzahlen.

Zum Zeitpunkt der Einführung des Haushaltsmanagementprogrammes SAP im Haushaltsjahr 2009 waren im Fachbereich Haushalt insgesamt **3.928 Buchungen** im SAP-System zu verzeichnen. Es handelt sich bei diesen Buchungen um einzelne Arbeitsvorgänge die die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben des Landtages zum Gegenstand haben. Sie bilden das Geschehen im Landtag unter Geltung des Haushaltsplanes 2009 ab. Mit der Übernahme der haushaltlichen Betreuung der LAKD durch den Fachbereich Haushalt ist die Anzahl der Buchungen bis zum Haushaltsjahr 2012 kontinuierlich auf **4.524 Buchungen** gestiegen. Dies bedeutet einen Anstieg um 15% zum Haushaltsjahr 2009.

Der Umzug in den neuen Landtag führte unter anderem durch die Ausweitung der Angebote für Besucher des Landtages, der Ausweitung des Veranstaltungsangebotes, den Zuwachs an Fraktionen, die neu hinzukommende Parkplatzbewirtschaftung und die Entscheidung den Landtag in Öffentlich Privater Partnerschaft betreiben zu lassen zu einem weiteren Anstieg auf **6.880 Buchungen** im Haushaltsjahr 2019. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2009 entspricht dies einer Steigerung um 75%. Der Fachbereich Haushalt geht davon aus, dass das Buchungsgeschäft um weitere **300 bis 400 Buchungen** im Jahr anzieht, wenn die/der Polizeibeauftragte beim Landtag eingerichtet und die haushaltliche Betreuung dem Bereich Haushalt übertragen wird.

Das im Bereich Haushalt zu bewirtschaftende Haushaltsvolumen hat sich seit der Einführung von SAP im Haushaltsjahr 2009 bis 2019 ebenfalls erheblich verändert. Waren im Haushaltsjahr 2009 noch Ausgaben in Höhe von **28.083.600 Euro** im Fachbereich Haushalt zu bewirtschaften, lag das Ausgabevolumen in 2019 schon bei **48.854.700 Euro**. Dies entspricht einer Steigerung um 74 %. Zwar führt eine Steigerung des Ausgabevolumens nicht zwangsläufig zu höheren Arbeitsaufwendungen für den Fachbereich Haushalt. Allerdings hat sich der Umfang der zu bewirtschaftenden Titel aufgrund der Zuweisung von neuen Aufgaben (z.B. Betreuung der Haushaltswirtschaft der LAKD, neue Leistungen an die Mitglieder des Rates für Sorben und Wenden, Zuschüsse an die Fraktionen für die Betreuung von Enquetekommissionen, Parkplatzbewirtschaftung, Betrieb im ÖPP-Model) signifikant verändert. Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Haushaltstitel hat sich von **83 Haushaltstiteln** im Haushaltsjahr 2009 auf **159 Haushaltstitel** im Haushaltsjahr 2019 erhöht. Dies entspricht einer Steigerung um 92 %. Der Bereich Haushalt geht davon aus, dass die Anzahl der zu bewirtschaftenden Titel um weitere **ca. 20 bis 25 Haushaltstitel** steigt, wenn die /der Polizeibeauftragte beim Landtag eingerichtet wird.

Die oben beschriebene Zunahme an Buchungen und zu bewirtschaftenden Haushaltstiteln führen auch bei der jährlichen Haushaltsplanung zu einem erheblichen Mehraufwand im Fachbereich Haushalt, da eine weitaus höhere Anzahl an Haushaltstiteln in die Planung einbezogen werden müssen.

Mit dem Änderungsantrag soll deshalb eine zusätzliche Planstelle A 12 im Kapitel 010 für den Fachbereich Haushalt ausgebracht werden, für die im Titel 422 10 jährlich **62.600 Euro** zusätzlich zu veranschlagen sind. Die Mehrausgaben werden in voller Höhe gedeckt durch Minderausgaben aus demselben Kapitel. Die Minderausgaben stehen im Zusammenhang mit verbesserten Vertragskonditionen für die jährliche Wartung und Pflege des Systems ELVIS.

Im Verwendungsnachweis ist die Übersicht in den Erläuterungen (zur Deckungsquelle) bei 01 010 511 99 wie folgt zu ändern (die Änderungen sind unterstrichen):

Erläuterungen:

	2022
	EUR
1. Hardware/Software	1.000
2. Lizenzgebühren	0
3. Wartungs- und Betreuungsverträge	<u>651.600</u>
Summe	<u>652.600</u>

Änderungsantrag

Präsidentin des Landtages

Einzelplan 01 - Landtag

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 20	Kapitel: 0 1 0 1 0	Titel: 4 2 2 6 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Ergänzung des Stellenplanes um eine Fußnote**Ansatz im Entwurf 2022**

211.400 €

Änderung (+/-):

+/- 0 €

Ansatz neu:

211.400 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**2022****EUR**

- | | |
|---|---------|
| 1. Dienstbezüge, einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen | 211.400 |
| 2. Aufwandsentschädigung | |
| 3. Sonstige Leistungen | |

Summe**211.400**

Der Ansatz ist für die befristete Beschäftigung von Referentinnen/Referenten zur organisatorischen und inhaltlichen Betreuung des UA 7/1 sowie für die befristete Beschäftigung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters zur Führung der Geschäftsstelle des UA 7/1 vorgesehen.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
-----------------	--------	------	------	------

Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	2,00	2,00 ¹⁾
--	-----	----	------	--------------------

davon kw: 2,00 bis Ende Untersuchungsausschuss

Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	A8	mD	1,00	1,00
--	----	----	------	------

davon kw: 1,00 bis Ende Untersuchungsausschuss

Zusammen:**3,00****3,00****Fußnoten:**

¹⁾ Besoldungsgruppe A 15: Auf diesen Planstellen können auch Richterinnen und Richter oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden.

Begründung:

Für die vom Landtag eingesetzten Untersuchungsausschüsse werden für die organisatorische und inhaltliche Betreuung oft auch Richterinnen/Richter oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälte tätig. Die neu eingefügte Fußnote im Stellenplan ermöglicht es, auch Richterinnen/Richter oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälte auf den im Stellenplan mit A 15 ausgewiesenen Planstellen in der Titelgruppe 60 führen zu können.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 01 (Landtag)

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 31	Kapitel: 0 1 0 2 0	Titel: 9 7 2 1 0
Zweckbestimmung: Globale Minderausgabe (neu)		

Stichwort: Ausbringung einer Globalen Minderausgabe
--

Ansatz im Entwurf 2022

-

Änderung (+/-):

0 €

Ansatz neu:

0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022
--

Ansatz im Entwurf:

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Globale Minderausgabe ist im Einzelplan 01 bei Kapitel 01 010 und 01 050 zu erwirtschaften.

Begründung:

Die angespannte Haushaltssituation im Haushaltsjahr 2022 bedarf besonderer Maßnahmen zur Aussteuerung des Jahresergebnisses. Im Einzelplan des Landtages wird deshalb eine Globale Minderausgabe ausgebracht, die im Kapitel 01 010 und 01 050 zu erwirtschaften ist.

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 01

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 01 – Landtag**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 17	Kapitel: 0 1 0 1 0	Titel: 5 4 6 2 1
Zweckbestimmung: Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen		

Stichwort: Streichung

Ansatz im Entwurf 2022	6.000 €
Änderung (+/-):	- 6.000 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Laut Haushaltsentwurf sollen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen Moorfuture-Kohlenstoffzertifikate erworben werden. Bürgerinitiativen kritisieren die Moorfutures seit längerem. Sie beklagen zu Recht, dass dem Klima derartige Vernässungsprojekte nicht helfen, dafür aber über die Köpfe der Grundeigentümer hinweg Kulturlandschaften zerstört werden. Die Nachteile für Landwirte, für den Tourismus sowie für die Lebensqualität der Anwohner sind gravierend. Denn Vernässungsprojekte lassen sich nicht nur auf einen engen Raum begrenzen, sondern haben auch links und rechts jener Flächen, die man vernetzen möchte erhebliche – oft negative – Auswirkungen (siehe nur MOZ.de 29.03.2016). Hier werden nicht zielführende Vernässungsprojekte durchgeführt, damit Unternehmen oder auch der Landtag Brandenburg sich von einer schlechten Klimabilanz freikaufen können. Die Mitglieder des Landtags Brandenburg sollten – wenn sie denn klimaneutral handeln möchten – auf überflüssige Dienstreisen verzichten. Der Titel ist zu streichen.

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

01 – Landtag Brandenburg

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 18	Kapitel: 0 1 0 1 0	Titel: 6 8 4 5 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse zu den Aufsetzungskosten des Skulpturenschmucks auf dem Landtagsgebäude		

Stichwort: Skulpturen am Landtag

Ansatz im Entwurf 2022	30.000 €
Änderung (+/-):	-30.000 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt für Zuwendungen an Dritte für die Aufstellungskosten des durch private Spenden finanzierten Skulpturenschmucks
auf dem Gebäude des Landtages. Die Zuwendungen werden auf der Grundlage einer Richtlinie des Präsidiums des
Landtages ausgereicht. Weniger aufgrund des Konsolidierungszwanges

Begründung:

Während viele Haushaltstitel aufgrund des sogenannten Konsolidierungszwangs massiv von Kürzungen betroffen sind, sollen auch im nächsten Jahr wieder Gelder für die Skulpturen am Landtag aufgewendet werden. Das ist so nicht akzeptabel. Das Parlament hat auch eine Vorbildfunktion und sollte deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und Baumaßnahmen, die rein ästhetischer Natur sind, nicht durchführen. Das Präsidium wird aufgefordert, die entsprechende Richtlinie auszusetzen.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 01 – Landtag

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 19	Kapitel: 0 1 0 1 0	Titel: 8 1 2 1 0
Zweckbestimmung: Erwerb von Geräten, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenständen im Inland zur erstmaligen Einrichtung		

Stichwort: Keine Errichtung von 8 Ladestationen für E- Autos

Ansatz im Entwurf 2022	50.000 €
Änderung (+/-):	- 50.000 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Teure Investitionen in Ladestationen für E-Autos sind gegenwärtig nicht sinnvoll:

Eine weitere Steigerung der Anzahl an Elektroautos und Ladesäulen wird dazu führen, dass die Stromerzeugung deutlich gesteigert werden muss. Wie dies geschehen kann, ist gegenwärtig nicht ersichtlich. Vielmehr wird sich die Menge des erzeugten Stroms absehbar verringern, da die noch in Nutzung befindlichen Kernkraftwerke bereits bis Ende 2022 vollständig heruntergefahren werden und ein Ersatz für die hierdurch wegfallende Energieerzeugung nicht vorhanden ist. Das Ergebnis der Sondierungsgespräche der zu erwartenden Ampelkoalition im Bund weist im Gegenteil darauf hin, dass auch die Abschaltung der Kohlekraftwerke deutlich vor 2038 in den Blick genommen wird und mit einer weiteren Verknappung des am Markt verfügbaren Stroms zu rechnen ist. Der Wegfall der konventionell erzeugten Energie wird durch Anlagen zur Erzeugung nicht grundlastfähiger erneuerbarer Energie nicht ersetzt werden können.

Daher wird es regulatorische Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs geben müssen und Ladestationen werden aller Voraussicht nach derartigen Regulierungen unterfallen. Die gesetzliche Regelung der "Spitzenglättung" hatte die Regierungskoalition bereits in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Diese sollte in §14a des Energiewirtschaftsgesetzes fixiert werden. Die Vorschrift sah die "netzdienliche Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen" vor. Das Bundeswirtschaftsministerium wollte mit einer Änderung dieses Paragraphen den Stromanbietern die Möglichkeit geben, bei drohender Überlastung des Netzes große Verbraucher abzuschalten – die sogenannte Spitzenglättung: Wenn der Strombedarf im Verhältnis zur Netzeinspeisung zu groß ist, sollten z.B. Wärmepumpen in Wohnanlagen oder auch Ladestationen für Elektroautos für eine gewisse Zeit abgeschaltet werden. Der nicht unumstrittene Gesetzentwurf wurde vor den Bundestagswahlen von Wirtschaftsminister Peter Altmaier zurückgezogen. Es ist aber in Anbetracht der zunehmenden Energieknappheit davon auszugehen, dass eine derartige Regelung von der neuen Bundestagsregierung in Kraft gesetzt werden muss, um die ansonsten kaum vermeidbare Stromabschaltung für Großverbraucher zu verhindern und ein stabiles Stromnetz trotz der in allen Bereichen wachsenden Nachfrage nach elektrischer Energie zu gewährleisten. Eine Investition in Ladesäulen, die am Ende nicht oder kaum

genutzt werden können, sollte daher bis zur Klarheit über die kommende gesetzliche Regelung zur Stromnetzstabilisierung unterbleiben und der Titel gestrichen werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 01 – Landtag

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 55	Kapitel: 0 1 0 5 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg		

Stichwort: Streichung

Ansatz im Entwurf 2022	344.700 €
Änderung (+/-):	- 344.700 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Bisher liegt ein Gesetz oder auch nur ein Gesetzentwurf, dem die Zuständigkeiten und Befugnisse eines Polizeibeauftragten entnommen werden könnte, noch nicht vor. Entsprechend sind die im Haushaltsentwurf für den Polizeibeauftragten vorgesehenen Personal- und Sachausgaben mit einem Sperrvermerk versehen. Die Bundesländer, die die gesetzliche Grundlage für einen Polizeibeauftragten bzw. einen Bürger- und Polizeibeauftragten bereits geschaffen haben, sehen unterschiedlichen Zuständigkeiten und Befugnisse vor. Ohne die Vorlage zumindest eines Gesetzentwurfs, in dem die Aufgaben und die Rechtsstellung eines Polizeibeauftragten definiert sind, bleibt unklar, welchen Zwecken die Einrichtung einer derartigen zusätzlichen Institution dienen soll und wofür die eingestellten Mittel konkret zu verwenden sind. Die pauschale Bewilligung von Haushaltsmitteln für zusätzliche Personal- und Sachausgaben in einer Zeit, in der die Haushaltslage maximal angespannt ist, ist nicht zu verantworten.

Mit der neuen Institution soll vermutlich erreicht werden, dass für die Bevölkerung eine Art zusätzliche Beschwerdestelle geschaffen wird, um polizeiliches Handeln einer Überprüfung zu unterziehen. Einer gesonderten Beschwerdestelle für (vermeintlich) rechtswidriges Handeln von Polizeibeamten bedarf es jedoch nicht. In unserem Rechtsstaat ist jede hoheitliche Maßnahme der Polizei gerichtlich vollständig überprüfbar.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 01 – Landtag**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 56	Kapitel: 0 1 0 5 0	Titel: H G r 0 5
Zweckbestimmung: Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg		

Stichwort: Streichung

Ansatz im Entwurf 2022	113.200 €
Änderung (+/-):	- 113.200 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Bisher liegt ein Gesetz oder auch nur ein Gesetzentwurf, dem die Zuständigkeiten und Befugnisse eines Polizeibeauftragten entnommen werden könnte, noch nicht vor. Entsprechend sind die im Haushaltsentwurf für den Polizeibeauftragten vorgesehenen Personal- und Sachausgaben mit einem Sperrvermerk versehen. Die Bundesländer, die die gesetzliche Grundlage für einen Polizeibeauftragten bzw. einen Bürger- und Polizeibeauftragten bereits geschaffen haben, sehen unterschiedlichen Zuständigkeiten und Befugnisse vor. Ohne die Vorlage zumindest eines Gesetzentwurfs, in dem die Aufgaben und die Rechtsstellung eines Polizeibeauftragten definiert sind, bleibt unklar, welchen Zwecken die Einrichtung einer derartigen zusätzlichen Institution dienen soll und wofür die eingestellten Mittel konkret zu verwenden sind. Die pauschale Bewilligung von Haushaltsmitteln für zusätzliche Personal- und Sachausgaben in einer Zeit, in der die Haushaltslage maximal angespannt ist, ist nicht zu verantworten.

Mit der neuen Institution soll vermutlich erreicht werden, dass für die Bevölkerung eine Art zusätzliche Beschwerdestelle geschaffen wird, um polizeiliches Handeln einer Überprüfung zu unterziehen. Einer gesonderten Beschwerdestelle für (vermeintlich) rechtswidriges Handeln von Polizeibeamten bedarf es jedoch nicht. In unserem Rechtsstaat ist jede hoheitliche Maßnahme der Polizei gerichtlich vollständig überprüfbar.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 01 – Landtag

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 58	Kapitel: 0 1 0 5 0	Titel: H G r 0 8
Zweckbestimmung: Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg		

Stichwort: Streichung

Ansatz im Entwurf 2022	45.000 €
Änderung (+/-):	- 45.000 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Bisher liegt ein Gesetz oder auch nur ein Gesetzentwurf, dem die Zuständigkeiten und Befugnisse eines Polizeibeauftragten entnommen werden könnte, noch nicht vor. Entsprechend sind die im Haushaltsentwurf für den Polizeibeauftragten vorgesehenen Personal- und Sachausgaben mit einem Sperrvermerk versehen. Die Bundesländer, die die gesetzliche Grundlage für einen Polizeibeauftragten bzw. einen Bürger- und Polizeibeauftragten bereits geschaffen haben, sehen unterschiedliche Zuständigkeiten und Befugnisse vor. Ohne die Vorlage zumindest eines Gesetzentwurfs, in dem die Aufgaben und die Rechtsstellung eines Polizeibeauftragten definiert sind, bleibt unklar, welchen Zwecken die Einrichtung einer derartigen zusätzlichen Institution dienen soll und wofür die eingestellten Mittel konkret zu verwenden sind. Die pauschale Bewilligung von Haushaltsmitteln für zusätzliche Personal- und Sachausgaben in einer Zeit, in der die Haushaltslage maximal angespannt ist, ist nicht zu verantworten.

Mit der neuen Institution soll vermutlich erreicht werden, dass für die Bevölkerung eine Art zusätzliche Beschwerdestelle geschaffen wird, um polizeiliches Handeln einer Überprüfung zu unterziehen. Einer gesonderten Beschwerdestelle für (vermeintlich) rechtswidriges Handeln von Polizeibeamten bedarf es jedoch nicht. In unserem Rechtsstaat ist jede hoheitliche Maßnahme der Polizei gerichtlich vollständig überprüfbar.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 01 – Landtag**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 59	Kapitel: 0 1 0 5 0	Titel: T G r 9 9
Zweckbestimmung: Polizeibeauftragter des Landes Brandenburg		

Stichwort: Streichung

Ansatz im Entwurf 2022	33.500 €
Änderung (+/-):	- 33.500 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Bisher liegt ein Gesetz oder auch nur ein Gesetzentwurf, dem die Zuständigkeiten und Befugnisse eines Polizeibeauftragten entnommen werden könnte, noch nicht vor. Entsprechend sind die im Haushaltsentwurf für den Polizeibeauftragten vorgesehenen Personal- und Sachausgaben mit einem Sperrvermerk versehen. Die Bundesländer, die die gesetzliche Grundlage für einen Polizeibeauftragten bzw. einen Bürger- und Polizeibeauftragten bereits geschaffen haben, sehen unterschiedlichen Zuständigkeiten und Befugnisse vor. Ohne die Vorlage zumindest eines Gesetzentwurfs, in dem die Aufgaben und die Rechtsstellung eines Polizeibeauftragten definiert sind, bleibt unklar, welchen Zwecken die Einrichtung einer derartigen zusätzlichen Institution dienen soll und wofür die eingestellten Mittel konkret zu verwenden sind. Die pauschale Bewilligung von Haushaltsmitteln für zusätzliche Personal- und Sachausgaben in einer Zeit, in der die Haushaltslage maximal angespannt ist, ist nicht zu verantworten.

Mit der neuen Institution soll vermutlich erreicht werden, dass für die Bevölkerung eine Art zusätzliche Beschwerdestelle geschaffen wird, um polizeiliches Handeln einer Überprüfung zu unterziehen. Einer gesonderten Beschwerdestelle für (vermeintlich) rechtswidriges Handeln von Polizeibeamten bedarf es jedoch nicht. In unserem Rechtsstaat ist jede hoheitliche Maßnahme der Polizei gerichtlich vollständig überprüfbar.

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Hauptausschusses

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

- Drucksache 7/4212 -

Einzelplan 01 - Landtag

in Verbindung mit:

Unterrichtung der Landesregierung

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

- Drucksache 7/4213 -

und

Unterrichtung der Landesregierung

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

- Drucksache 7/4214 -

Berichterstatter: Abgeordneter Daniel Keller (SPD)

Beschlussempfehlungen:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag

1. die Annahme des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022, Drucksache 7/4212 - Einzelplan 01 - in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung empfehlen (Anlage 1);
2. empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025, Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 7/4213, zur Kenntnis zu nehmen;
3. empfehlen, die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung, Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 7/4214, zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht

A. Allgemeines

Der Landtag Brandenburg überwies

- den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022), Drucksache 7/4212,
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025, (Drucksache 7/4213) und
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung, Drucksache 7/4214

in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur federführenden Beratung und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung.

Der Hauptausschuss befasste sich mit den oben genannten Beratungsmaterialien in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 und abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021.

B. Beratung

Der Einzelplan 01 wurde in der 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 erstmals im Hauptausschuss beraten. Dabei stellten die Präsidentin des Landtages, die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht sowie die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur den Haushalt für ihre Verwaltungen vor.

Die abschließende Beratung erfolgte in der 29. Sitzung des Hauptausschusses am 10. November 2021.

Zum Einzelplan 01 lagen zu dieser abschließenden Beratung insgesamt zehn Änderungsanträge vor (Anlage 2), einer der Präsidentin des Landtages, zwei der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sechs der AfD-Fraktion und einer der Fraktion DIE LINKE. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen sowie der Änderungsantrag der Präsidentin wurden angenommen. Die übrigen sieben Änderungsanträge wurden abgelehnt. Die Abstimmungsergebnisse sind in der tabellarischen Übersicht vermerkt (Anlage 3).

Die Koalitionsfraktionen begründeten ihren Änderungsantrag zur Ausbringung einer Planstelle A 12 damit, dass dies ein Wunsch der Landtagsverwaltung gewesen sei, dem gern gefolgt werde. Mit einem weiteren Änderungsantrag solle eine Globale Minderausgabe ausgebracht werden. Die Haushaltssituation sei insgesamt sehr angespannt und alle Einzelpläne würden mit einer Globalen Minderausgabe versehen.

Vier Änderungsanträge der AfD-Fraktion richteten sich gegen die Einrichtung des Polizeibeauftragten. Zur Begründung führte die AfD-Fraktion aus, dass sie die Institution des Polizeibeauftragten insgesamt ablehne. Auch die Maßnahmen zur Klimarettung seien aus Sicht der AfD-Fraktion ökologisch unangemessen und würden dem Land schaden, sodass mit einem Änderungsantrag diese gestrichen werden sollten. Ein weiterer Änderungsantrag richtete sich gegen Mittel für die Errichtung von acht Ladestationen für E-Autos.

Die Fraktion DIE LINKE erklärte mit ihrem Änderungsantrag die Zuschüsse zu den Aufsetzungskosten des Skulpturenschmucks auf dem Landtagsgebäude zu streichen. Aufgrund des Konsolidierungsdruckes könnten diese Mittel aus Sicht der Fraktion DIE LINKE besser eingesetzt werden. Zu dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, mit der eine Globale Minderausgabe ausgebracht werden solle, führte die Fraktion DIE LINKE aus, dass sie sich schwer vorstellen könne, wie diese bei einem kleinen Etat wie dem Einzelplan 01 gefüllt werden könne.

Mit dem Änderungsantrag der Präsidentin solle eine Fußnote im Stellenplan eingefügt werden, die eine Flexibilität bei der Personalgewinnung ermöglicht. So könnten auch Richterinnen/Richter oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälte auf den im Stellenplan mit A15 ausgewiesenen Planstellen geführt werden. Bei den vom Landtag eingesetzten Untersuchungsausschüssen würden für die organisatorische und inhaltliche Betreuung oft auch Richterinnen/Richter oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälte tätig.

Ohne weitere Debatte beschloss der Hauptausschuss letztlich mehrheitlich (7 : 3 : 0), dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu empfehlen, dieser möge dem Landtag empfehlen, dem Einzelplan 01 in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung zuzustimmen.

Ebenfalls mehrheitlich (6 : 3 : 2) wurde die Kenntnisnahme des Finanzplanes des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 beschlossen. Auch die Kenntnisnahme der Personalbedarfsplanung 2025 wurde mehrheitlich (6 : 4 : 1) von den Mitgliedern des Hauptausschusses beschlossen.



Daniel Keller
Berichterstatler und Vorsitzender
des Hauptausschusses

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Hauptausschusses zum Einzelplan 01 (Veränderungsnachweis zum Einzelplan 01)
- Anlage 2: Änderungsanträge zum Einzelplan 01
- Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Abstimmungsergebnisse